Dieselöl Benzin
HEIZ ÖL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 25. Februar 2022 | Nr. 8 | 64. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Fasnachtskostüme: Zielscheibe für Sexismus und Rassimus?
Seite 2

Kanton Zürich
Natalie Rickli: Zurück zur Eigenverantwortung
Seite 3

Aktuell
Strommangellage: Gefahr Nummer eins
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Wahlergebnisse in Schlieren überraschen
Seite 6

Leserbrief
Der Schaden ist angerichtet
Seite 8

ES GEHT UM DEN SCHUTZ DER JUNGEN

Kampf den Drogen und der Drogenkriminalität

Seit der Auflösung der Drogenszene am Platzspitz sind genau 30 Jahre vergangen. Die am Letten wurde drei Jahre später, im Februar 1995, aufgelöst. Als Mutter von zwei Buben denke ich sehr kritisch an jene Zeit der sogenannt liberalen Drogenpolitik zurück, als Jugendliche praktisch freien Zugang zu Drogen und zur «Szene» hatten und viele im Elend versanken. Auch heute muss der Kampf gegen Drogen und Drogenkriminalität weitergehen.

Ob Kokain, Heroin oder Crack: Oberstes Ziel muss stets die Suchtprävention, der Schutz der Gesunden und die Suchtfreiheit sein. Bild Pixabay

Zürichs «Needle Park» war damals weltweit bekannt und ein Magnet für Süchtige und Drogenhändler aus ganz Europa. Überall lagen Heroinspritzen und Unrat, es herrschte ein grosses Elend. Endlich, nach massiven Interventionen der SVP und Gleichgesinnter, wurde der Platzspitz im Februar 1992 geräumt. Weil die Stadtzürcher Behörden danach aber nicht konsequent handelten und unter der Ägide der SP weiterhin eine liberale Drogenpolitik praktizierten, bildete sich auf dem Lettenareal bald wieder eine neue Drogenszene, die dem Platzspitz in nichts nachstand.

Die liberale Drogenpolitik hat versagt

Vor allem in Zürich wurde eine sogenannt liberale, progressive Drogenpolitik wie sonst nirgends auf der Welt praktiziert. Diese Politik hat versagt. Warum? Weil dahinter ein Denken steht, das den jungen Menschen alle Lasten und Verzichte ersparen will bis hin zum ungenierten Zugang zu den Drogen. Ziel der liberalen Drogenpolitik war und ist nicht die Suchtfreiheit und ein selbstbestimmtes Leben, nicht der Schutz der Gesunden und die Heilung der Drogenkranken. Ziel ist vielmehr die Schmerzfreiheit und der Weg des geringsten Widerstandes. Weil das Motiv der Drogenliberalisierer m.E. falsch ist, sind auch die von ihnen vorgeschlagenen und angewandten Massnahmen falsch.

Im Lauf der Jahre 1993/94 wurde der Grossraum Zürich vollends zum Tummelplatz der internationalen Drogenmafia. Raubüberfälle, Mordtaten, schwere Körperverletzungen, Diebstähle und Einbrüche waren an der Tagesordnung. Die verfehlte Drogenpolitik, die täterfreundliche Strafgerichtsbarkeit, der large Strafvollzug und die weitgehende Duldung des Asylrechtsmissbrauchs haben dazu beigetragen.

Die unhaltbare Situation hatte sich zugespitzt, sodass die SVP des Kantons Zürich im Dezember 1993 in einem öffentlichen Schreiben an den Regierungsrat den «Notstand Drogenkriminalität» anprangerte und von der Regierung die Anwendung von Notrecht mit entsprechenden Sofortmassnahmen forderte. Insbesondere verlangte sie die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit durch die Bereitstellung von zusätzlichen Gefängnisplätzen, ein Durchgreifen gegen Drogenhändler und die Auflösung der Lettenszene. Endlich, im Februar 1995, riegelte die Polizei den Letten ab, die koordinierte Aktion hatte Erfolg, die offene Drogenszene verschwand.

Und heute?

In der Folge hat die sich Situation im Drogenbereich gebessert. Zürich ist jedoch nebst London und Antwerpen weiterhin eine der Kokain-Hochburgen Europas. Das weisse Gift gehört in der Limmatstadt bei schätzungsweise 2000 Personen zum Alltag. Die Stadt gehört europaweit zur «Kokain-Spitze». Das zeigt eine internationale Studie, deren Ziel es war, in rund 20 europäischen Grossstädten das Abwasser auf Kokain und andere Suchtmittel zu testen, um daraus den Drogenverbrauch der Bevölkerung zu ermitteln.

Auch bei anderen «Partydrogen» und Medikamenten hat der Konsum zugenommen. Mittlerweile werden Drogen oft an privaten und öffentlichen Partys und sogar in Teilen der Finanzwelt konsumiert und ebenso in Hinterhöfen. Und sogenannt «weiche» Drogen dienen nach wie vor oft als Einstiegsdrogen. Darum lehnt die SVP auch die weichen Drogen und ihre Verharmlosung aus der linken Ecke ab und befürwortet ein Cannabiskonsumverbot. Leider ist die heutige Drogenpolitik oft widersprüchlich. Raucher, die legal ihre Zigaretten rauchen, werden bevormundet oder aus dem öffentlichen Verkehr (generelles Rauchverbot in Zügen) ausgeschlossen.

Anderseits sollen Marihuana oder Cannabis legalisiert werden. Ich lehne die Legalisierung von Drogen wegen der gesundheitsschädigenden Folgen für die Gesellschaft und der damit verbundenen Kosten entschieden ab.

Prävention und Jugendschutz

Entscheidend ist meines Erachtens ein wirksamer Jugendschutz. Es geht vor allem um die präventive, abschreckende Wirkung und um das Signal, welches man im Elternhaus und an den Schulen setzt. Seriöse Studien zeigen, dass Jugendliche oft mit dem Konsum von Medikamenten oder sogenannt leichten Drogen – wie oben erwähnt – «einsteigen» und dann auf härtere Drogen wechseln.

Ebenso entscheidend ist die konsequente Bestrafung von Drogendelinquenten. Der Drogenhandel muss mit drastischen Strafen geahndet und eingedämmt werden – der Strafrahmen muss hier nach oben ausgeschöpft werden. Ebenso müssen Landesverweisungen konsequent vollzogen werden.

Oberstes Ziel muss stets die Suchtprävention, der Schutz der Gesunden und die Suchtfreiheit sein. Die Verharmlosung der Rauschgifte durch die Liberalisierer und ihre Sprüche wie «Wir müssen mit den Drogen leben lernen» sind meiner Meinung nach unverantwortlich. Bleiben wir dran!

Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Trumpfen Sie im Wahlkampf auf!

Mit wenigen Clicks zum massgeschneiderten Flyer. Werden Sie kreativ und innovativ. Alle Layouts stehen Ihnen gratis zur Verfügung. Nutzen Sie diese Gelegenheit!

Viel Spass und gutes Gelingen beim Gestalten!

www.werbevorlagen-svp-zuerich.ch

Wo stehen wir? Wo drückt der Schuh?

Einladung an alle Küsnachterinnen und Küsnachter

zum Gespräch mit unseren Gemeinderäten und den Kandidaten für die Küsnachter Behördenwahlen vom 15. Mai 2022

Donnerstag, 3. März 2022, 19.30 Uhr
Foyer, HesliHalle, u. Heslibachstr. 33, Küsnacht

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Christoph Mörgeli

Noch eine ist dann mal weg

Letzte Woche stand an dieser Stelle: «Sie ist dann mal weg». Gemeint war SP-Nationalrätin Jacqueline Badran, die sich unter Absingen wüster Lieder gegen die bürgerlichen Gegner ins Burnout verabschiedete. Als hätte sie die Weltwoche-Kolumne abgeschrieben, titelt jetzt auch Jolanda Spiess-Hegglin: «Ich bin dann mal kurz weg.» Sie befinde sich gerade in einer Lawine. Die meisterhafte Erzählerin ihrer ganz persönlichen Geschichtenversion kommt zum Schluss: «Ich muss eine Pause einlegen.»

Wer sich mit Jolanda Spiess-Hegglin befasst, tut gut daran, die ganz grossen Gummistiefel anzuziehen. Tatsachte ist, dass nach jahrelanger Dominanz ihrer Erzählweise die Geschosse in letzter Zeit immer näher bei ihr eingeschlagen haben. Der Bund hat ihrem Verein «Netzcourage» gegen Gewalt im Internet die zuvor bewilligten 192 000 Franken entzogen. Auch die Stadt Basel drehte letztes Jahr den Geldhahn für jährlich 20 000 Franken zu. Darum vergisst Spiess-Hegglin nicht, bei ihrer vorläufigen Verabschiedung ein Konto anzugeben. Gutherzige Zeitgenossen dürfen dort Geld einzahlen. Auch ihre wichtigsten Bodyguards hängen in den Seilen. Spiess-Hegglin-Bewunderer Nummer eins, Pascal Hollenstein, ist als publizistischer Leiter von CH Media entlassen worden. Spiess-Hegglin-Bewunderer Nummer zwei, Hansi Voigt, ist mit dem von ihm so heiss ersehnten Medienförderungsgesetz an der Urne krachend gescheitert. Wegen Differenzen mit Spiess-Hegglin flüchtete auch das Co-Präsidium ihres Vereins, die Nationalrätinnen Tamara Funiciello (SP) und Greta Gysin (Grüne), aus dem ungemütlichen Amt. Diesen Monat hat obendrein das Bundesgericht entschieden, auf eine Beschwerde von Jolanda Spiess-Hegglin gegen ein Buch der Tamedia-Journalistin Michèle Binswanger nicht einzutreten. Weil sie nicht geltend machte, wo ihr ein «nicht wieder gutzumachender Nachteil» entstehe. Nach den verheerenden Sturmtiefs «Nadia» und «Eunice» macht jetzt Sturmtief «Jolanda» mal Pause. Die besten Frauenkenner sind offenbar die Meteorologen: Sie geben den Wirbelstürmen Frauennamen.

VORSCHAU FRÜHLINGSSESSION 2022

«Gletscher-Initiative» und direkter Gegenentwurf

Dank der Massnahmenlockerungen des Bundesrates kehrt auch im Bundeshaus weitgehend wieder die Normalität ein. Die Plexiglaskäfige werden erfreulicherweise abgebaut, wodurch nun die Kolleginnen und Kollegen und ihre Mienen besser erkennbar sind und man wieder Besuch von Bekannten empfangen darf. Freuen dürfen wir uns auf die Vereidigung unseres Kantonalpräsidenten Beni Fischer.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Mit der Vereidigung des jüngsten Mitgliedes unserer Zürcher Bundeshausfraktion wird die SVP verstärkt. Und wir dürfen uns auf erfrischende Voten und die Unterstützung des erfahrenen und routinierten Politikers zählen.

Traktandiert ist in dieser Session nur eine einzige Volksinitiative; nämlich jene für ein gesundes Klima, die sogenannte «Gletscher-Initiative» mit einem direkten Gegenentwurf. Hier dürfen wir auf emotionale Voten gespannt sein. Über realistische oder ideologische Voten wird in dieser Zeitung berichtet werden.

Krankenkassen: ungebremster Ausbau des Leistungskatalogs

Einige kantonale Initiativen zu Krankenkassenprämien und sonstigen gesundheitlichen Aspekten kommen mehrheitlich aus französisch sprechenden Kantonen und dem Tessin. Ideen zur Entlastung von Krankenkassenprämienzahlern sind reichlich vorhanden. Dabei geht es aber immer in die gleiche Richtung. Nämlich die Kosten unseres Gesundheitssystems und unserer hohen Ansprüche auf andere Schultern zu verteilen. Der Leistungskatalog wird stetig ausgebaut, was ein grosser Kostentreiber ist.

Die linken Forderungen werden in der Regel vom Volk gerne angenommen. Dass diese irgendjemand bezahlen muss, wird tunlichst verschwiegen.

Fortpflanzungsmedizin: Dank Eizellenspende sollen sich kinderlose Paare künftig den Kinderwunsch erfüllen können. Ein Zwischenschritt, um bald auch die Leihmutterschaft zu ermöglichen? Bild Pixabay

Zu diesem Thema steht wiederum das Massnahmenpaket 1 zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen auf der Traktandenliste. Ob die Kosten dadurch gedämpft werden können oder die neuen Kontrollstellen dies verhindern, wird die Praxis zeigen.

Im Weiteren werden wir über einen fairen Wettbewerb der Privatwirtschaft gegenüber Staatsunternehmen, über das Veloweg- und Strassenverkehrsgesetz, über den Erwerb von Wohneigentum mithilfe der zweiten Säule und über die Krise in Afghanistan diskutieren. Die Schweiz soll einen Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region leisten. Doch sollen wir indirekt die Taliban finanziell unterstützen? Corona lässt uns über den Nutzen der Notrechtkompetenzen und Kontrolle des bundesrätlichen Notrechts in Krisen und über Indiskretionen reden.

In technischer Hinsicht wird uns das Moratorium für den 5G-Ausbau und jenes der Gentechnik beschäftigen. Die Schweiz hat üblicherweise in sehr vielen Bereichen strengere Gesetze und Vorschriften als das Ausland. Es entstehen immer wieder Vorbehalte gegen neue Technologien. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass diese oft sehr positive Seiten haben und damit auch vielen Menschen geholfen werden kann. Bei der Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums hat der Ständerat in der Wintersession die Genom-Editierung ausgenommen. Gentechnisch veränderte Organismen, denen kein transgenes Erbmaterial eingefügt wurde, sollen von der Verlängerung des Gentech-Moratoriums ausgenommen werden. Es kann nicht sein, dass eine mit dem Nobelpreis gewürdigte Technik wie die Genschere Crisper/Cas mit einem Verbot belegt werden soll. Ausserdem wäre es auch ein wichtiges Signal an den Forschungsstandort Schweiz, dass dies die letzte generelle Verlängerung des Moratoriums wäre.

Kandidatur für UNO-Sicherheitsrat abwenden

Unsere Fraktion will eine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat dringend abwenden. Dafür reichten wir einen Vorstoss ein und forderten eine ausserordentliche Session während der Frühlingssession. Den dies ist ein äusserst wichtiges Thema, um unsere Neutralität behalten zu können. Die Schweiz soll sich nicht auf eine Seite stellen müssen, wenn es darum geht, über Sanktionen oder Kriege zu entscheiden.

Im Gegenteil soll unser Land die Rolle des neutralen Vermittlers mit Gesprächen zwischen zerstrittenen Ländern beibehalten. Dieses Geschäft wurde vom links besetzten Büro des Nationalrates in die Kategorie vier eingeteilt, was der Unterbindung einer Debatte gleichkommt. Um nirgends schlecht dazustehen, möchte sich keine andere Partei öffentlich zu einer Stellungnahme bekennen. Eine rückgratlose und traurige Tatsache.

Das Fortpflanzungsmedizingesetz soll so geändert werden, dass sich kinderlose Paare den Kinderwunsch dank Eizellenspende erfüllen können. Ein weiteres «Salamirädli» um in einer nächsten Phase auch die Leihmutterschaft zu rechtfertigen?

Ich jedenfalls freue mich auf die Session ohne Corona, Plexiglas und Masken – auf dass es so bleibe.

ZUM GLÜCK HABEN WIR KEINE ANDEREN SORGEN UND PROBLEME

Wenn Fasnachtskostüme sexistisch und rassistisch sind

Nun soll es auch bezüglich der «MeToo»- und «Black Lives Matter»-Diskussionen den Fasnachtkostümen an den Kragen gehen. Gesellschaftswissenschafter sehen in vielen Verkleidungen Sexismus und Rassismus, welcher zu verhindern ist.

RoMü. Man reibt sich schon etwas die Augen, wenn man die jüngsten Schlagzeilen in den Medien über sexistische und rassistische Fastnachtskostüme liest. Es scheint, dass die (westliche) Gesellschaft keine anderen Sorgen und Probleme als Diskussionen rund um Rassismus und Sexismus auch an der Fasnacht mehr hat. Im Visier haben dabei die Kritiker aus der MeToo- und Black-Lives-Matter-Bewegungen die Grossverteiler und Onlinehändler, welche sexistische und rassistische Fasnachtskostüme und damit angeblich fragwürdige Kostüme im Angebot haben. Solche Verkleidungen seien für viele Menschen verletzend, weil sie ihre Kultur lächerlich machten, ist dabei zu lesen.

Entsprechend ist von fragwürdigen Kostümen, welche während der fünften Jahreszeit getragen werden, die Rede. Zugleich wird angeprangert, dass es immer wieder von neuem Diskussionen gibt, wenn es um die gleichen rassistischen und sexistischen Fragen geht. «Hinter diesen fragwürdigen Verkleidungen stecken strukturelle Probleme in der Gesellschaft, welche bis hin zum Einzelfall mit dem Mohrenkopf thematisiert sind», wird festgehalten. Die Schuld sehen die Kritiker in der Kolonialzeit, welche heute noch mit herablassenden Bildern und Kostümen in Verbindung mit rassistischen Symbolen dargestellt würde.

«Die Kostüme für Frauen seien immer freizügiger als jene für die Männer. Somit werden Frauen objektiviert und der Aspekt der Verführung wird in den Vordergrund gestellt», lässt sich Valerie Vuille zitieren, welche als Direktorin der Genfer Gleichstellungsorganisation Décadrée tätig ist. So werde der Aspekt der Verführung in den Vordergrund gestellt. Sie macht auch Sexismus im Kindersortiment aus, wo Kostüme für Mädchen auf Sanftheit, Zärtlichkeit und Fürsorge ausgerichtet sind, während jene für Buben deutlich mehr auf Action hindeuten.

Blickt man in die grossen Säle an den deutschen Karnevalssitzungen, so findet man gerade die ins Kreuzfeuer geratenen Kostüme, welche zum Teil auch von hoch dotierten Persönlichkeiten getragen werden. Da ist es der Indianer, die Squaw, die Piratin oder das Paar im Gefängnislook, welche in den grossen Sälen sitzen und einfach die Gelassenheit und Gemütlichkeit geniessen wollen. Es stellt sich somit die Frage, ob dies nach Corona auch Geschichte sein wird.

Karl May am Pranger

Auch in Radebeul bei Dresden müssten jetzt eigentlich die Alarmglocken läuten. Denn ihr bekanntester Bürger Karl May ist vom Sockel zu stossen. Dies, obwohl der Schriftsteller zu den meistgelesenen deutschen Schriftstellern gehört. Nimmt man die Aussagen der Kulturwissenschaftler ernst, so hat er Millionen von Jugendlichen mit seinen Winnetou- und Blutsbrudergeschichten europäische Fantasien eingehämmert, obwohl diese Kulturen unter Genozid, Vertreibung und Enteignung gelitten hatten. Gerade in Bezug auf sogenannte Indianer, also US-Ureinwohner, herrsche hier zulande eine grosse Bildungslücke. Das Bild ist geprägt von den Karl-May-Erzählungen und Winnetou, wird die Kulturwissenschaftlerin Patricia Putschert von der Universität Bern zitiert.

Doch nicht nur Winnetou und die Squaw mit ihrem kurzen Kleid, sondern auch der singende Mexikaner mit Sombero und Poncho, die freizügige Piratenfrau, die lasziven Hexe, der Supermario oder die Kampfjetpilotin mit einem knappen Overall sind bis zur Dame mit Strapsen und kurzem Rock auf der Abschussliste. Selbst die Verkleidung als asiatischer oder lateinamerikanischer Mann ist aus Sicht der «gebildeten Leute» diskriminierend.

Deshalb fordert Putschert auch mehr Forschung zur kolonialen und patriarchischen Geschichte der Fasnacht. Man darf nun gespannt sein, ob diese neue Welle von einer angeblichen rassistisch und sexistisch freien Gesellschaft auch auf die Fasnacht überschwappt, sodass bald einmal Fasnachtskostüme zuerst bewilligt werden müssen.

Müssen bald Fasnachtskostüme einer Bewilligung unterzogen werden, damit sie nicht verletzend sind?

AUS DEM KANTONSRAT

Verkehr bewegt …

… oder auch nicht, wenn es nach den links-grünen Allianzen geht. Die behandelten Vorstösse machen deutlich, dass Verkehr per se als nicht wünschenswert taxiert wird vom leider auch bis in bürgerliche Kreise grün durchzogenen Kantonsrat.

Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin SVP
Bülach

Insbesondere die Swiss investiert in eine moderne effiziente Flotte. Synthetische Kraftstoffe werden in absehbarer Zukunft einen nahezu CO_2-neutralen Flugbetrieb ermöglichen. Bild Wikipedia

Nach den 12 «Entgegennahmen» zu diversen Themen, die ohne Debatte abgehandelt werden, wurde die Standesinitiative zur Einführung einer wirksamen Kerosinsteuer verhandelt. Eine einseitige Schwächung «unseres» Flughafens bzw. der gesamten Zürcher Wirtschaft mit einer Kerosinsteuer ist aus SVP-Sicht indiskutabel. Obwohl theoretisch eine knappe Mehrheit (aus SVP, FDP, CVP und EVP) für die Nicht-Überweisung war, wurde die Standesinitiative dennoch hauchdünn (mit 78 zu 77 Stimmen) überwiesen. Die SVP-Haltung wird im Kommentar durch Christian Lucek beleuchtet.

Öffentlicher Verkehr

Dem regierungsrätlichen Antrag «Grundsätze über die mittel- und langfristige Entwicklung vom Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr» stimmte die SVP zwar zu, machte aber darauf aufmerksam, dass die Kosten steigen, wenn alle möglichen Wünsche auch tatsächlich umgesetzt würden.

SVP-Kantonsrat Ueli Pfister appellierte denn auch an den Regierungsrat, bei der Umsetzung der Wünsche ein gewisses Augenmass walten zu lassen – sprich z.B. die Notwendigkeit von zusätzlichen Haltestellen genau abzuwägen, denn der Kostendeckungsgrad wird mit jedem zusätzlichen Wunsch natürlich nicht besser. Der Minderheitsantrag der SP, dass der Verkauf von Billetten durch den Chauffeur im Bus weiterhin möglich sein muss und nicht nur, wie der ZVV andeutet, eine Lösung gesucht wird, wurde von der Mehrheit im Rat abgelehnt. Der Kostendeckungsgrad würde so nur noch weiter sinken und ebenfalls wäre auch die Fahrplansicherheit nicht mehr gewährleistet. Ob die angebotene Lösung der Direktion, neu Billette telefonisch kaufen zu können, billiger und praktikabel sein wird, sei dahingestellt. Ebenso wurde der Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes für die Fahrplanperiode 2022/2023 quasi «durchgewinkt» – einmal mehr drückt die allzu menschliche Haltung durch, dass man auch als Autofahrer vielleicht doch einmal auf den ÖV angewiesen ist, und dann soll dieser doch bitteschön perfekt sein. Dass uns das Rundum-sorglos-ÖV-Paket satte 870 Millionen kostet, ist das eine. Dass die Kostensteigerung unserer All-Inclusive-Mentalität auch im ÖV schwindelerregende 27,2% beträgt, ist leider nicht allein auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Die grünen Anliegen von der kompletten Dekarbonisierung (Limmatboote sollen bis 2023 elektrisch betrieben sein, die Busflotte bis 2040) des ganzen öffentlichen Verkehrs tragen nämlich ebenfalls ihren Teil zur Kostensteigerung bei.

Kapazitätserweiterung Bahninfrastruktur

Um die «Verbesserung auf der Stammstrecke Winterthur–Zürich bis zum Bau des Brüttener Tunnels» ging es im nächsten Geschäft – einem Postulat, das den Regierungsrat einlädt, aufzuzeigen, wie auf dieser Strecke Kapazitätserweiterungen möglich gemacht werden könnten. Die Corona-Pandemie hat dieses Problem von selber erledigt, denn mit Homeoffice und eingeschränkter Mobilität wurden die Kapazitätsgrenzen nicht mehr erreicht. Zudem machte der Regierungsrat klar, dass im Bundesprogramm STEP (strategisches Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur) sowieso eine Kapazitätserweiterung für diese Strecke angedacht ist. Die Umsetzung ist ca. auf das Jahr 2035 geplant – ein für Verkehrsanliegen einigermassen kurzfristiger Zeitraum.

So macht es wenig Sinn, vorgängig eine Zwischenlösung einzuführen, die in Kürze wieder abgeschafft werden müsste.

Erledigte Postulate

Als nächstes Geschäft beantragte der Kommissionspräsident, dass das Postulat «Selbstfahrende Autos als Teil des öffentlichen Verkehrs» als erledigt abgeschrieben wird. Ohne grosse Welle bzw. lange Reden wurde diesem Antrag nachgekommen. Auch das letzte Postulat zum Thema «Shared Mobility mit Autostopp-Haltestellen» wurde abgeschrieben. Die Idee vom Ausbau für diese Haltestellen-Möglichkeiten sei schon in anderen Kantonen untersucht worden – allerdings mit ernüchterndem Fazit: Gerade mal durchschnittlich 2,5 Personen nutzten diese Möglichkeit des Mitfahrsystems pro Tag. Der Rat folgte dem Regierungsrat und hat auch dieses Postulat abgeschrieben. Es stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, wann der Ausgabenwahnsinn, der durch die Klimabewegung verursacht wird, beim Endverbraucher bzw. seinem Portemonnaie ankommt, so dass auch der Stimmbürger wieder zur Vernunft kommt und bei den Wahlen Realpolitiker wählt statt Utopisten und Panikmacher. Bis dahin ist es leider traurige Gewissheit, dass uns die links-grünen Luftschlösser ein Loch in unsere Privatkassen fressen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Unnötige Standesinitiative zur Einführung einer Kerosinsteuer

Christian Lucek
Kantonsrat SVP
Dänikon

Das Kantonsparlament hat mit einer hauchdünnen Mehrheit einmal mehr einen unausgereiften und rein der Symbolpolitik dienenden Klimavorstoss überwiesen. Mit der parlamentarischen Initiative wurde verlangt, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative einreicht, welche vom Bund fordert, eine Kerosinsteuer für den Flugverkehr einzuführen. Doch der Luftverkehr ist nun einmal betont international ausgerichtet.

Eine einseitige Schwächung der Schweizer Luftfahrtbranche ist unverantwortlich und gefährdet den Wirtschaftsstandort maximal in der Substanz bei minimaler Wirkung für den Klimaschutz. Daher haben die Grünen als Urheber der parlamentarischen Initiative, sie dahingehend abgeändert, dass der Bund sich im Rahmen der EU für die Einführung einer Kerosinsteuer für den Flugverkehr einsetzt.

Abgesehen vom Inhalt ist alleine schon das Instrument der Standesinitiative fragwürdig. Die Eidgenössischen Räte haben in der letzten Herbstsession sämtliche neun Standesinitiativen mit ähnlichem Inhalt abgelehnt, auch die EU wird sich kaum von dieser zehnten aus dem Kanton Zürich beeindrucken lassen. Auch hat das Schweizer Volk mit der Ablehnung des CO_2-Gesetzes gezeigt, was es von Lenkungsabgaben hält: Wenn schon müssten solche Einnahmen direkt in Massnahmen fliessen, welche die Luftfahrt nachhaltig nachhaltiger machen.

Genau diese Entwicklung ist in der Branche längst angekommen. So investieren Fluggesellschaften, insbesondere die SWISS, in die moderne, effiziente Flotte und engagieren sich bei der Forschung und Entwicklung von nachhaltigen Kraftstoffen, wobei insbesondere die synthetischen in absehbarer Zukunft einen nahezu CO_2-neutralen Flugbetrieb ermöglichen werden.

Noch sind diese nachhaltigen Treibstoffe (sustinable aviation fuel, SAF) teuer in der Herstellung. Global werden jedoch enorme Anstrengungen unternommen, diese in der notwendigen Menge zu wirtschaftlichen Kosten herzustellen. Besonders vielversprechend sind dabei auch Patente von Firmen aus der Schweiz, mit welchen in sonnenreichen Regionen direkt aus gebündelter Sonnenenergie, ohne Umweg über Strom oder Biomasse, SAF hergestellt werden kann. Das darin gebundene CO_2 wird der Atmosphäre entnommen und beim Verbrennen wieder freigesetzt, damit wird Fliegen praktisch CO_2-neutral. Dass dies der richtige Weg ist, hat man auch in Bundesbern erkannt. Im Vernehmlassungsentwurf zum revidierten CO_2-Gesetz setzt das UVEK nun auf die Beimischpflicht von erneuerbaren synthetischen Flugtreibstoffen und deren Förderung.

Dieser innovative, statt prohibitive Ansatz ist zu begrüssen. Um die Ziele erreichen zu können, ist es jedoch zwingend, dass Abgaben aus dem Luftverkehr zweckgebunden und vollumfänglich für dessen Dekarbonisierung eingesetzt werden und nicht für die Quersubventionierung anderer Verkehrsträger abgezweigt werden, wie dies aktuell noch vorgesehen ist. Werden durch umverteilte Lenkungsabgaben den Akteuren der Luftfahrt die Mittel entzogen, fehlen diese genau für solche Entwicklungen und Investitionen. Nach intensiver Debatte wurde die parlamentarische Initiative äusserst knapp überwiesen.

Dies war im doppelten Sinne unnötig, wären doch die Bürgerlichen zusammen mit der EVP in der Mehrheit gewesen, hätten nicht zahlreiche Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus diesen Reihen gefehlt und damit der Klimaallianz zu einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen verhalfen.

Der Regierungsrat hat nun die peinliche Aufgabe, in Bern eine weitere überflüssige Standesinitiative einzureichen. Leider ein erneutes Beispiel von nutzloser Symbolpolitik, welche – ausser Politiker und Beamte zu beschäftigten – nichts nützt, am allerwenigsten dem Klima.

WORTE DER REGIERUNGSRÄTIN UND VORSTEHERIN DER GESUNDHEITSDIREKTION

Zurück zur Eigenverantwortung

Am 27. Februar 2020, also ziemlich genau vor zwei Jahren, wurde die erste Person in Zürich positiv auf das Coronavirus getestet. Dieser Tag führte mir als Gesundheitsdirektorin vor Augen, welch grosse Verantwortung auf uns zukommt: Die Sicherstellung der Spitalversorgung für über 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist Aufgabe des Kantons. Und wir hatten uns mit grösstmöglicher Flexibilität auf eine vom Virus fremdgesteuerte Zeit einzustellen.

Vieles war weder plan- noch voraussehbar. Es gab oft nicht die einzige richtige Lösung für ein Problem. Und dennoch mussten rasch Entscheide getroffen werden. Ich bin stolz, dass wir es im Kanton Zürich geschafft haben, die medizinische Versorgung für unsere Einwohnenden sicherzustellen. Dies, obwohl auch unser Gesundheitswesen teilweise an seine Grenzen stiess. Es galt, über die bestehenden Strukturen hinaus Logistik, Infrastruktur, Material und Personal für Test- und Impfzentren, das Contact Tracing, für Anlaufstellen für Bevölkerungsanfragen und nicht zuletzt Know-how in kurzer Zeit aufzubauen. Dies gelang dank des guten Zusammenspiels zwischen Kanton und Gemeinden, Spitälern, Heimen, Apotheken, der Spitex, Ärztinnen und Ärzten, den Schulen, der Wirtschaft und der Polizei. An dieser Stelle geht auch ein grosser Dank an den Leiter des vom Regierungsrat eingesetzten Sonderstabes, den Kommandanten der Kantonspolizei und SVP-Mitglied Bruno Keller.

Diese Pandemie war nicht nur für uns Menschen eine Herausforderung, sondern auch für den Föderalismus. Die unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen führten teilweise zu Verwirrung. Gleichzeitig aber sorgen der Föderalismus und die direkte Demokratie dafür, dass ein Ausgleich der Interessen stattfindet, dass es keine Machtballung gibt und die Menschen im Land in die Entscheidungen einbezogen werden. Das macht es einfacher, die getroffenen Entscheide umzusetzen. Die Schweiz ist das einzige Land, in dem über ein Covid-Gesetz abgestimmt werden konnte. Und dies sogar zweimal.

Mit der Aufhebung fast aller Covid-Massnahmen gilt es nun, wieder vermehrt ein zentrales Privileg, das zum Wesen der Schweiz gehört, zu pflegen: dasjenige der Eigenverantwortung. Wir bewegen uns wieder weg von einer während der Pandemie zumindest gefühlten Rundumversorgung durch den Staat, hin zu eigenverantwortlichem Handeln. Fühlen wir uns krank, bleiben wir zu Hause. Wir entscheiden selber, ob es sinnvoll ist, eine Maske zu tragen. Bei Symptomen, die eine Behandlung erfordern, konsultieren wir den Hausarzt.

In den kommenden Monaten gilt es weiter, die Lehren aus den vergangenen zwei Jahren zu ziehen. Und auch wenn man mit Blick auf die Pandemiebewältigung vieles kritisieren kann: Während dieser Pandemie gab es keinen besseren Ort zum Leben als die Schweiz. Es gab deutlich weniger Eingriffe in unsere persönliche Freiheit als in anderen Ländern. Und trotzdem war diese Zeit für uns alle eine Herausforderung und mit Einschränkungen verbunden. Umso wichtiger, dass nun Freiheit und Eigenverantwortung wieder im Zentrum stehen.

von Natalie Rickli

PERSONELLE ÄNDERUNG IM KANTONSRAT

Benjamin Fischer im Nationalrat

Benjamin Fischer verlässt den Zürcher Kantonsrat, da er für den zurückgetretenen Hans-Ueli Vogt für die SVP in den Nationalrat nachrückt.

pf. Benjamin Fischer trat am 18. Mai 2015 – im Alter von 24 Jahren – in den Zürcher Kantonsrat ein. Er war Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit KSSG, welche er ab Mai 2019 auch präsidierte. Parallel war er von September 2018 bis Mai 2019 auch Mitglied in der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit.

Benjamin Fischer hat während seiner Amtszeit 8 Vorstösse als Erstunterzeichner eingereicht, bei weiteren 23 Vorstössen hat er sich als Mitunterzeichner aktiv beteiligt. Es war stets eine besondere Freude, seinen fulminanten Voten im Rat zuzuhören.

Die SVP-Fraktion verabschiedete sich von Kantonsrat Benjamin Fischer anlässlich seiner letzten Fraktionssitzung. Er wird der Fraktion jedoch in seiner Funktion als Parteipräsident weiterhin erhalten bleiben.

Die SVP-Kantonsratsfraktion wünscht Benjamin Fischer viel Erfolg im Nationalrat. Fraktionspräsident Martin Hübscher überreichte ihm einen Früchtekorb.

INTERVIEW MIT SIMONE AKERMANN, PRÄSIDENTIN WAHLKOMMISSION SVP VOLKETSWIL

«Wir setzen uns für ein attraktives Dorfzentrum ein»

Mit mehr als 19 000 Einwohnern ist Volketswil ein Schwergewicht unter den Zürcher Land-Gemeinden. Demnächst stehen die Gemeinderatswahlen an – mit entsprechender Signalwirkung weit über die Dorfgrenzen hinaus.

Gemäss Umfrage brennen Überfremdung, Littering, Lärm (Auto Poser) sowie mangelnde Attraktivität (Treffpunkte, Einkaufsmöglichkeiten) der Bevölkerung am meisten unter den Nägeln. Wie greift Ihr sie im Wahlkampf auf?
Viele der genannten Themen decken sich mit dem kantonalen und eidgenössischen Parteiprogramm. Entsprechend werden wir uns weiterhin für die Lösung dieser Probleme einsetzen, indem wir uns konsequent für unsere Positionen stark machen und im Rahmen der Möglichkeiten auf kommunaler Ebene tätig werden. Themen wie Überfremdung können aber nur lokal kaum gelöst werden.

Hier bedarf es Lösungen auf eidgenössischer Ebene. Gegen Littering muss konsequent vorgegangen werden, damit die Strassen und Plätze in Volketswil sauber sind. Die SVP Volketswil setzt sich für ein attraktives Dorfzentrum ein, in welchem ein vielfältiges Gewerbe und entsprechende Einkaufs- und Verpflegungsmöglichkeiten Platz haben. Das erreichen wir, in dem wir einen attraktiven Standort schaffen, indem Steuern, Gebühren und Abgaben gesenkt werden und auf die Einführung von Parkgebühren verzichtet wird. Uns sind zudem eine fundierte Schulbildung und einheitliche Schulmodelle wichtig, damit die Schulabgänger bestmöglich auf ihren künftigen Weg vorbereitet werden und eine solide Grundausbildung erhalten.

Der Gemeinderat ist u.a. mit zwei SVP-Exponenten klar bürgerlich geprägt. Warum sind die Erneuerungswahlen gleichwohl kein Selbstläufer?
Wahlen sind nie ein Selbstläufer und es wäre falsch, sich hier in falscher Sicherheit zu wiegen. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung geht leider gar nicht wählen, entsprechend gibt es viel Potenzial, dass es mit steter Präsenz an Stand- und Verteilaktionen abzuholen gilt. Volketswil liegt in der Nähe von grösseren Städten, was entsprechende Zuwanderung aufs Land, sprich in unser Dorf, bedeutet. Es ist wohl gemeinhin bekannt, dass aus den Städten nicht nur zusätzliche Bewohner aufs Land ziehen, sondern diese auch ihre Ideologien mitbringen. Es ist halt chic, auf dem Land zu wohnen, aber trotzdem schnell in der Stadt zu sein.

Eine Agglomerationsgemeinde, zu der leider auch Volketswil zählt, sieht sich nun im Zwiespalt zwischen ländlichen Strukturen und Verstädterung. Die Einwohnerzahl spricht bereits eine deutliche Sprache. Entsprechend werden die kommenden Gemeindewahlen definitiv kein Selbstläufer, sondern aktiver Wahlkampf ist gefragt.

Wie werdet Ihr insbesondere mit Originalität im Wahlkampf punkten?
Die Erkenntnisse unsere Bevölkerungsumfrage vom Herbst 2021 greifen wir in unserem Wahlkampf auf und bieten konkrete Lösungen an. Die SVP Volketswil präsentiert mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten Macher, welche anpacken und etwas bewegen können. So sind wir zum Beispiel an jedem schönen Sonntag an einem beliebten Spazierweg präsent, verteilen Flyer, schenken Getränke aus und kommen so mit der Bevölkerung ins Gespräch. Die Leute sind entspannt und haben mehr Zeit für ein Gespräch als auf dem Weg zur oder von der Arbeit. Es haben bereits ein paar solche «SVP bi de Lüüt» stattgefunden und das Echo ist äusserst positiv. Daneben wird es auch anlässlich dieser Gemeindewahlen die Wahlzeitung der SVP Volketswil geben, wo wir in aggregierter Form unsere Kandidatin und die Kandidaten präsentieren, unsere Positionen darlegen und aufzeigen, weshalb es sich lohnt, SVP zu wählen.

Mit Benjamin Fischer als kantonalen Parteipräsidenten stellt die SVP Volketswil demnächst nebst Bruno Walliser einen zweiten Nationalrat. Wie kann die SVP Volketswil anlässlich der Wahlen vom 27. März 2022 profitieren?
Benjamin Fischer verfügt über einen ausgezeichneten politischen Leistungsausweis. Er war acht Jahre lang Präsident der SVP Volketswil, ehe er das kantonale Präsidium der SVP übernahm. Da er auch in Volketswil aufgewachsen ist, kennt er die Gemeinde in- und auswendig, was ein grosser Vorteil ist. Nach fast sieben Jahren im Kantonsrat rückte er nun in den Nationalrat nach. Volketswil hat nebst Bruno Walliser somit einen zweiten SVP-Nationalrat, was uns natürlich mit grosser Freude erfüllt. Die politische Vernetzung von Benjamin Fischer auf lokaler, kantonaler sowie nationaler Ebene hilft ihm, sich auf der passenden Stufe für die Anliegen der Volketswilerinnen und Volketswiler stark zu machen. Er ist es gewohnt, Verantwortung zu übernehmen.

Simone Akermann: «Volketswil liegt in der Nähe von grösseren Städten, was entsprechende Zuwanderung aufs Land, sprich in unser Dorf, bedeutet.»

Spitzenkandidaten der SVP Volketswil

Christian Knechtle, Kandidat Gemeinderat, bisher
Der amtierende Gemeinderat Christian Knechtle ist verheiratet und Vater von fünf erwachsenen Kindern. Knechtle kennt die Herausforderungen, die durch das stetige Wachstum auf Volketswil zukommen. Die entsprechend wachsenden Anforderungen an die Infrastruktur und die Gemeindefinanzen will er sorgfältig und pragmatisch angehen.

Sein Ziel ist es, ein optimales «Preis-Leistungs-Verhältnis» und eine herausragende Leistung für die bezahlten Steuern und Abgaben zu gewährleisten. Mit seinen Finanzkompetenzen und seiner Erfahrung als Gemeinderat und ehemaliger Unternehmensleiter will er eine stabile finanzielle Situation schaffen, die gezielte und sinnvolle Investitionen möglich macht, ohne den Steuerfuss zu erhöhen. Als aktueller Alters- und Gesundheitsvorstand ist ihm zudem wichtig, dass auch für die älteren Generationen gesorgt ist, ein Altersleitbild geschaffen sowie ein Alterszentrum realisiert wird.

Benjamin Fischer, Kandidat Gemeinderat, neu
Der Betriebsökonom und Nationalrat (per 28.2.2022) Benjamin Fischer war acht Jahre lang Präsident der SVP Volketswil und während fast sieben Jahren Kantonsrat.

Fischer lebt mit seiner Frau und seinem Sohn in Volketswil, wo er auch aufgewachsen ist. Ihm ist wichtig, dass Volketswil als Begegnungsort für Jung und Alt attraktiv ist. Entsprechend engagiert er sich für tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben und wehrt gegen die Einführung von Parkgebühren in Volketswil. Dem Littering möchte er mit konkreten Massnahmen entgegenwirken. Benjamin Fischer ist es sich gewohnt, Verantwortung zu übernehmen und tut dies auch auf Gemeindeebene.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Schulpflege ist für ihn unbedingt notwendig. Seine politische Vernetzung auf lokaler, kantonaler sowie nationaler Ebene helfen ihm, sich auf der passenden Stufe für die Anliegen der Volketswilerinnen und Volketswiler stark zu machen.

Thomas Brauch, Kandidat Gemeinderat, neu
Thomas Brauch ist in Volketswil aufgewachsen. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Brauch ist seit jeher politisch aktiv. Als Transportunternehmer mit rund 85 Mitarbeitenden bringt er die unternehmerische Sicht und ausgewiesene Führungsqualitäten in den Gemeinderat ein. Brauch möchte ein vielfältiges Gewerbe anziehen und damit zu einem beliebten Wohn- und Arbeitsort beitragen. Der Unternehmer weiss, welchen Mehrwert KMU der Gemeinde bringen und wie Volketswil optimale Voraussetzungen für diese schaffen kann.

Im Gemeinderat will er sich deshalb für gewerbefreundliche Rahmenbedingungen engagieren und sich dafür einsetzen, dass die Areale in Volketswil aufgewertet und attraktive Wohn- und Gewerbeflächen geschaffen werden.

DIE ANDERE SEITE VON …

Florian Buck

Politische Tätigkeit: Sektionspräsident Langnau am Albis bis 2021, SVP-Spezialkommission Gesundheit
Ortspartei: Langnau am Albis

Geboren am: 30. Dezember 1974
Sternzeichen: Steinbock
Beruf: Radiologe FMH, Titularprofessor Universität Zürich
Hobby(s): Arbeit, Karate, Tauchen, Segeln
Grösse: 174 cm
Augenfarbe: Braun
Lieblingsgetränk: Kaffee oder es guets Bier
Lieblingsessen: Alles was Veganer nicht essen
Lieblingslektüre: Neue Zürcher Zeitung
Was niemand von mir weiss: Dass ich Schiffe auf dem Meer führen durfte, bevor ich Auto fahren konnte.

Damit kann man mir eine Freude machen: Schoggi

Mein Wunsch für die Zukunft: Eine nachhaltige, qualitätsorientierte Schweizer Gesundheitspolitik frei von Dogmen, Partikularinteressen und Meinungen von unqualifizierten «Experten».

INSERAT

INTERVIEW MIT IRENE REINSTADLER-SUTER

«Wir konnten 1 Million Franken Schulden zurückzahlen»

Für die Kreisschulgemeinde Niederhasli-Niederglatt stellt sich Irene Reinstadler-Suter der Wiederwahl. Sie besitzt umfassende Dossierfestigkeit, Menschenkenntnis und hat die Finanzen bestens im Griff. Das sind gute Argumente für eine weitere Amtsperiode. Als Ort der Zukunftsgestaltung liegt ihr die Schule besonders am Herzen.

Seit 2019 bist Du in der Schulpflege und hast dort das nicht einfache Dossier Finanzen übernommen. Was ziehst Du für eine Bilanz?
Ich als Zahlenmensch darf mit den Finanzen mein Wunschressort ausüben. Die intensive und wertvolle Einarbeitungszeit ist mir daher eher leichtgefallen. Ich habe eine gute Basis erarbeitet, nun gilt es, darauf aufzubauen.

An den Kreisgemeindeversammlungen stelle ich jeweils Budget und Jahresrechnung vor. Dabei ist es mir wichtig, dass die Präsentation dieser Zahlen transparent und verständlich ist. Anhand vieler Rückmeldungen wird dies sehr geschätzt.

Ich ziehe eine positive Bilanz. Bezogen auf unsere Finanz-Legislaturziele bin ich auf Kurs.

Der Steuerfuss konnte beibehalten werden und wir konnten 1 Mio. Franken Schulden zurückzahlen. Unser Schulgemeindehaushalt steht gut da, die hohen anstehenden Investitionen können wir ohne Steuererhöhung tragen.

Was motiviert Dich zum Weitermachen?
In den Finanzen habe ich einen gesamtheitlichen Überblick gewonnen. Ich freue mich, auf dieser guten Basis weiterzuarbeiten. Nachdem der Grundstein gelegt ist, habe ich Kapazität, weitere vertiefte Optimierungen vorzunehmen. Neue Herausforderungen motivieren mich.

Zudem ist Bildung und Schule ein enorm wichtiges Thema. Die Kinder sind unsere Zukunft. Es liegt mir sehr viel daran, unsere Schule zu stärken und ideale Rahmenbedingungen für einen optimalen Unterricht zu schaffen.

Aus der Kreisschulgemeinde Niederhasli-Niederglatt-Hofstetten ist per Anfang Jahr die Kreisschulgemeinde Niederhasli-Niederglatt geworden. Die Schulpflege zählt künftig fünf statt bisher sieben Mitglieder. Für Dich bedeutet das eine Kampfwahl. Mit welchen Argumenten kannst Du sie für Dich entscheiden?
Wir haben uns als Behörde entschieden, die neue Legislatur nur noch mit 5 Mitgliedern zu bestreiten. Bis auf eine Person treten alle wieder zur Wahl an, neue Kandidaten haben sich keine gemeldet. Für das gut eingespielte Team ist es sehr schade, dass eine bewährte Person ausscheiden wird.

Als Familienfrau und durch meine langjährige Erfahrung in verschiedenen Führungspositionen bringe ich einen vollen Rucksack an Führungs- und Sozialkompetenzen mit. In den letzten drei Jahren habe ich mir im Bereich Gemeindefinanzen sowie Bildungs- und Schulwesen zusätzliche Fachkompetenzen angeeignet. Ich bin zuverlässig, engagiert, lösungsorientiert und loyal. Zudem verfüge ich über die nötigen zeitlichen Ressourcen, welche das anspruchsvolle Amt fordert.
Dafür stehe ich ein:
- Sinnvoller und sparsamer Einsatz der Steuergelder
- Unseren Kindern gute Chancen für den Start im Berufsleben zu ermöglichen
- Das Wohl des Kindes steht im Zentrum

Und welche übergeordneten Aufgaben erwarten das Gremium während der nächsten Amtsperiode?
Die mit Abstand grösste Herausforderung ist die umfassende Sanierung des Schulhauses Eichi in Niederglatt. Der Bau stammt aus den 80er-Jahren und befindet sich in einem abgenutzten Zustand. Als wichtiger Meilenstein wurde der Baukredit von 7,45 Mio. Franken per Urnenabstimmung von den Stimmberechtigten im Herbst 2021 angenommen. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren, Baustart ist im Sommer 2022. Als Mitglied der Baukommission werde ich selbstverständlich stetig ein Auge auf die Kostenentwicklung haben.

Steckbrief

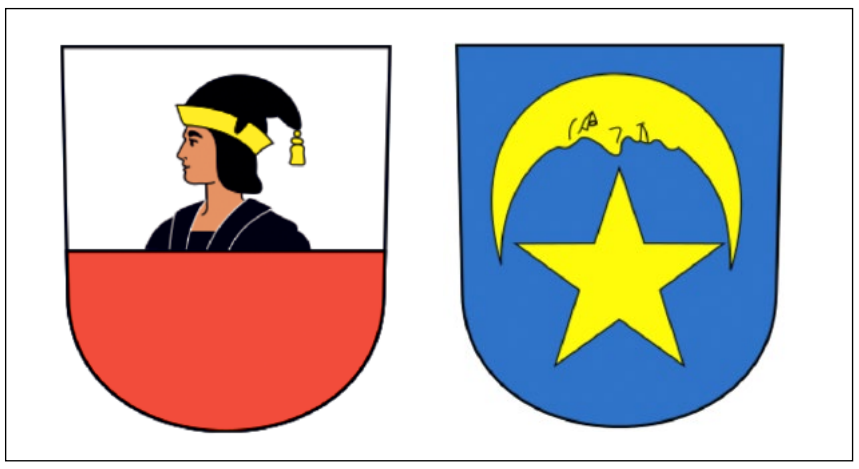
Irene Reinstadler-Suter ist 47 Jahre alt, verheiratet und Mutter einer Tochter (7 Jahre). Aufgewachsen ist sie in Niederglatt, wo sie mit ihrer Familie auch jetzt wieder wohnt. Sie absolvierte eine Lehre als Bahnbetriebssekretärin bei der SBB und blieb dem Unternehmen über 23 Jahre, bis zur Geburt der Tochter, treu. Ihre Laufbahn hat mit der Beratung und dem Verkauf am Billettschalter begonnen, Leiterin Reisebüro, Stv. Leitung einer grossen Verkaufsstelle, die Leitung zweier kleiner Bahnhöfe sowie Direktionsassistentin im Personenverkehr folgten.

Berufsbegleitend hat sie die Ausbildung zur Kaufmännischen Führungsfachfrau mit eidgenössischem Diplom abgeschlossen. Nach der Geburt der Tochter widmete sie sich zunächst vollumfänglich der Familie. Trotz einigen ehrenamtlichen Aufgaben wurde ihr bald klar, dass sie eine zusätzliche Herausforderung und eine Abwechslung zum Familienleben brauchte.

Sie wurde auf die Ersatzwahl für die Sekundarschulpflege aufmerksam gemacht und konnte sich auf Anhieb für diese Aufgabe begeistern. Umso grösser war ihre Freude, als sie nach einer stillen Wahl das Amt antreten durfte. Ihre Begeisterung für die Aufgaben in der Schulpflege ist bis heute ungebremst.

Ihre Freizeit verbringt sie am liebsten mit der Familie in der Natur bei Aktivitäten wie Wandern, Velofahren, Inlineskaten oder Skifahren. Auch gesellige Stunden mit Freunden geben ihr den nötigen Ausgleich. Und warum macht sie bei der SVP mit? «Ich bin Mitglied der SVP, weil die Partei meine Werte wie Zuverlässigkeit, Bodenständigkeit, Eigenverantwortung, Sicherheit und Neutralität vertritt.»

Die Kreisschulgemeinde steht vor grossen Investitionen. Irene Reinstadler-Suter: «Als Mitglied der Baukommission werde ich selbstverständlich stetig ein Auge auf die Kostenentwicklung haben.»



Die Kreisschulbehörde Niederhasli-Niederglatt zählt künftig fünf Mitglieder.

STROMMANGELLAGE

Gefahr Nummer eins

Es ist eine Schwäche von uns Menschen, ständig die uns aufgebürdeten Lasten lösen und die Probleme tragen zu wollen – statt umgekehrt. Denn Probleme muss man lösen, Lasten kann man tragen.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Ein Problem für die Schweiz, allerdings ein gewaltiges und gefährliches Problem, ist die drohende Strommangellage. Schon ein kurzer Ausfall hätte für die Schweiz katastrophale Auswirkungen. Fatalerweise hat sich in den letzten Monaten gezeigt, dass sich hierzulande niemand für die Versorgung mit genügend, sicherem und bezahlbarem Strom wirklich zuständig fühlt.

Es rächt sich jetzt, dass man sich seit etlichen Jahren – um den CO_2-Ausstoss zu reduzieren – für Wärme, Licht, elektrischen Individualverkehr einsetzt, aber die Frage, woher genügend kostengünstiger, sicherer Strom denn kommen solle, nicht mehr stellte. Und jetzt erfahren wir, dass die Schweiz schon ab 2025 zu wenig Strom haben wird: Mittel- und langfristig sieht es noch schlimmer aus. Aber es wird nicht nur alles getan, um mehr Strom zu brauchen, sondern auch alles getan, um sichere Stromquellen – namentlich gut laufende, sichere Kernkraftwerke früh-

Was ist im Ernstfall? Was ist jetzt?

zeitig ausser Betrieb zu nehmen. Also Kraftwerke, die heute 40 Prozent unseres Stromes produzieren. Jetzt ist «Not am Mann!» (aber auch an der Frau).

Da sich in Wirklichkeit niemand für diese Stromsicherheit verantwortlich fühlt, sollte man – am besten der Bundesrat – eine fähige, überparteiliche Persönlichkeit (ich nenne ihn Stromgeneral) ernennen, die bis Mitte dieses Jahres den Bedarf und die Stromproduktionsmöglichkeiten der kommenden Jahre darlegt und die beste Variante zur Stromsicherung vorschlägt – mit allen Vor- und Nachteilen.

Es herrscht der Ernstfall!

POLITLUNCH MIT DEM AARGAUER NATIONALRAT ANDREAS GLARNER

Kalkutta an der Limmat?

Vor vollen Rängen präsentierte der Aargauer SVP-Nationalrat Fakten und Zahlen zur überschiessenden Migration. Nach der Covid-bedingten Flaute steht uns wohl eine neue Flut von Asylgesuchen bevor.

ta. An sich hätte der Top-Referent im gut gefüllten «Sääli» des Zürcher Hotels Stoller seine Worte bereits nach der Vorspeise an die Anwesenden richten sollen.

Durch ein Versehen der Küche – oder war es vielleicht doch Vorsehung – begann Nationalrat Andreas Glarner mit seinen Ausführungen jedoch erst nach dem Hauptgang. Gut so, denn so rhetorisch brillant und faktisch akribisch recherchiert der Inhalt dargereicht wurde, Migration und die laue Migrationspolitik der Schweiz sind eine schwere Kost, die einem auf dem Magen liegt.

Fundiertes Referat mit ernster Miene: Nationalrat Andreas Glarner sieht faktisch keine Verbesserungen in der viel zu laschen Migrationspolitik.

Spirale dreht munter weiter

Der Zuwanderungssaldo ist mit weniger als 62 000 Personen 2021 niedriger als früher. Ja, aber bei dieser «Nettozahl» ist zu beachten, dass Zigtausende von bestens integrierten Ausländern (im Rentenalter) in ihre Ursprungländer zurückkehren und unter den 62 000 Neuzuzügern sehr viele nicht oder fast nicht integriert sind.

Dies zu absorbieren ist jährlich eine faktisch nicht mehr zu stemmende Aufgabe. Mit der Zuwanderung verbunden ist ein erheblich höherer Energieverbrauch (ca. 15% eines Kernkraftwerks), es braucht nebst vielen Schulhäusern mindestens ein neues Bezirksgefängnis und ein neues Bezirksgericht.

Ein anderer Fachterminus ist der Bürgerrechtssaldo: 34 000 Personen erhielten letztes Jahr den Schweizer Pass. Unsere Einbürgerungsquote liegt per annum bei 4%, mehr als doppelt so hoch wie in der EU mit 1,7%. Ein Fünftel aller Eingebürgerten stammen aus dem Balkan und der Türkei.

Kein Wunder erreichen Nationalrat Andreas Glarner Meldungen von Lehrerinnen und Lehrern. Ihr Tenor: Während des Ramadans können wir keine Prüfungen mehr durchführen.

Man könnte, wenn man wollte …

Besonders stossend ist die Untätigkeit mit Blick auf Sans-Papiers. Je nach Schätzung sind es 250 000, eine Viertelmillion, die klandestin und rechtswidrig hier verweilen. Ordnungshüter schauen konsequent weg. Doch, so Glarner, auch opportunistische Unternehmer sind Trittbrettfahrer. Darum wären drakonische Bussen z.B. für Arbeitgeber auf dem Bau angezeigt, die schwarz Sans-Papiers beschäftigen.

Beim Erstverstoss 50 000 Franken, danach progressiv mehr. Ganz generell wäre viel mehr möglich, wenn man denn nur richtig wollte. So liessen sich an den internationalen Flughäfen Transiträume einrichten, bevor Unberechtigte den Fuss auf Schweizer Boden setzen. Oder – mit der Covid-Zertifikats-App klappte das ja auch – es wäre im Asylwesen eine Geldüberweisungs-App prüfenswert, um zu sehen, wie hoch die Finanzflüsse in spezifische Herkunftsländer sind. Bei Eritrea geht man z.B. davon aus, dass 20% des BIP über den «Business Case»-Geldtransfers durch Migration zustande kommen.

80 Prozent aller jetzt Asylsuchenden sind junge Männer. Sie suchen sich keine sicheres Land, sondern wählen sich gezielt ihr Wunschland aus. Die Schweiz rangiert zuoberst auf der Beliebtheitsskala. Die Hälfte aller Arbeitslosen in der Schweiz sind Ausländer. Und, und, und. Auch als SVP-Mitglieder wollen wir keineswegs die Augen vor menschlichem Leid verschliessen und jenen die Aufnahme verweigern, die wirklich an Leib und Leben bedroht sind. Doch, um es sinngemäss mit Worten des grossen deutsch-französischen Sachbuchautors Peter Scholl-Latour zu sagen, wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern schafft bei sich ein neues.

Fadegrad

von
Stefan Urech

Make immigration great again

«Links-grüne Mehrheit schrumpft auf eine einzige Stimme», titelt der Tages Anzeiger am Tag nach den Gemeinderatswahlen 2022 und berechnet das neue Stimmenverhältnis zwischen links und mitte-rechts folgendermassen: 63 zu 62. Ins gleiche Horn bläst die NZZ: «Nur knapp» hätten die linken Kräfte weiterhin das Sagen in der Stadt Zürich. Zweifel gegenüber diesen Statements sind angebracht, denn in dieser Rechnung wird die Grünliberale Partei (GLP) zu den bürgerlichen respektive ‹nicht linken› Kräften gezählt. Doch die GLP stimmte schon in der jetzigen, auslaufenden Amtsperiode in gewichtigen Fragen höchst selten mit der FDP und der SVP.
Die wenigen GLP-Gemeinderäte der alten Legislatur mit bürgerlichen Grundwerten wurden jedoch inzwischen nicht wiedergewählt oder traten gar nicht mehr an. Ersetzt respektive auf der Liste überholt wurden sie von jungen Frauen, die eng mit der linken Organisation «Operation Libero» verbunden sind. Ein Blick auf die Social-Media-Profile der neu gewählten Gemeinderätinnen der GLP spricht Bände. Florine Angele beispielsweise schiesst auf ihrem Twitter-Profil gegen die SVP, den Hauseigentümerverband, Trump, die FDP und die Mittepartei und propagiert linke Anliegen wie den Vaterschaftsurlaub. Einen kritischen Tweet gegenüber links sucht man dagegen vergeblich.
Das gleiche Bild zeigt sich bei der neu gewählten Carla Reinhard, GLP. Stolz präsentiert sie ihren Smartvote-Spider, der praktisch deckungsgleich ist mit demjenigen der SP. Auch bei ihr findet sich kein kritischer Tweet nach links, stattdessen werden klassische linke Anliegen wie «gender-equality» und «Chancengleichheit» fast im Tagesrhythmus beworben. Sanija Ameti, GLP, Vorstandsmitglied der Operation Libero Schweiz, präsentiert sich auf Twitter als EU-Turbo und kritisiert unablässig die FDP. Kritische Tweets nach links? Fehlanzeige. Die neu gewählte Sandra Bienek, GLP, wird von der NZZ in einer Analyse der Panaschierstimmen als eine der «20 Besten von Mitte und Bürgerlichen» aufgeführt. Ein genauer Blick auf Bieneks Panaschierstatistik zeigt, dass von den 274 Fremdstimmen rund 90% von SP, Grünen und AL stammen. Ihre Wahlempfehlung auf Facebook für die links- aussen Stadtratskandidatin Simone Brander ist in Anbetracht der praktisch identischen Smartvote-Profile ehrlich und scheint sich auch in Stimmen (von links) ausbezahlt zu haben.
Warum die grossen Zürcher Zeitungen Bienek und die anderen oben erwähnten, neu gewählten GLP Gemeinderätinnen als «nicht links» einstufen, ist mir indes schleierhaft. Senap Kahriman, GLP, die im Kreis 11 dank 161 Panaschierstimmen von links den gestandenen GLP-Politiker Markus Merki aus dem Rat drängte, schreibt nach ihrem Sieg auf Twitter: «Ich sage schon mal çok teşekkürler. Wallah. Make immigration great again. #wahlen»

TEMPO-TASCHENTÜCHER STATT PROBLEMLÖSUNG

Munter vorwärts auf dem schulpolitischen Irrweg

Aufgrund der Probleme an den Wetziker Schulen verlangte die SVP via Postulat einen Bericht vom Stadtrat. Ende Januar wurde er im Parlament behandelt. Doch statt sich mit möglichen Lösungen zu befassen, empfand die Parlamentsmehrheit fast nur noch Mitleid für die Schulpflege. Die eigentliche Absicht des Berichts rückte so in den Hintergrund. Nicht einmal auf die sogenannten «Top-Stressoren» wurde vertieft eingegangen. Doch genau sie sind es, die zu den Problemen an unseren Schulen führen und diese immer mehr verstärken.

Timotheus Bruderer
Gemeinderat SVP
Wetzikon

Die Wetziker Schulen haben Probleme. Ein bereits «Alter Kaffee», der aber leider immer wieder von Neuem aufgewärmt werden muss. Letztes Jahr verlangte die SVP über deren Ursachen mittels eines Postulats einen Bericht. Das Vorhaben wurde vom Parlament einstimmig unterstützt, was beweist, dass der Finger auf den wunden Punkt gelegt wurde.

Gesellschaftswandel

Unter dem Stichwort «Gesellschaftswandel» fasste der Bericht mit Individualisierung, Medialisierung aller Lebensbereiche und Familienstrukturen die Ursachen der heutigen Schulsituation passend zusammen.

Mit der Aussage, dass diese Entwicklungen von der Schule «aufgefangen» werden sollen, lässt sich ableiten, dass dieser Wandel im Hinblick auf den Schulauftrag nicht positiv ist. Der Bericht ging aber auf die explizite Forderung des Postulats nicht ein, darzulegen, inwiefern er [der Stadtrat] die Problematik inkl. Lösungsansätze an die entsprechenden fachlichen und politischen Stellen zu adressieren gedenkt. Wenn eine Behörde nicht auf Fehlentwicklungen hinweist, wer dann?

Integration um jeden Preis

Durch eine für den Bericht extra durchgeführte Lehrerumfrage kristallisierten sich sogenannte «Stressoren» heraus (siehe Grafik), die den Schulbetrieb erschweren. Hinsichtlich der Integration zeigte die Schulpflege im Bericht keine Anstalten, sich auf altbewährte Klassenstrukturen zurückzubesinnen, obwohl die Heterogenität der Klassen als dritthäufigster Stressor angegeben wurde. In einer parallel durchgeführten «Evaluation Schulmodell Sekundarschule» gaben 80% der Lehrpersonen und fast 50% der Eltern an, sie seien mit dem aktuellen Schulmodell, in welchem die Sek-C-Stufe fehlt, unzufrieden. Wo bleibt die Ehrlichkeit, zuzugeben, wenn etwas nicht funktioniert?

Verhalten schwieriger Schüler

Mit ihrer Behauptung, Erziehung sei der Grundauftrag der Schule, scheint es sich die Schulpflege zur Erziehungsfrage allzu einfach zu machen. Gerade Art. 2 des Volkschulgesetzes, auf den im Bericht referenziert wurde, spricht klar von einer ergänzenden Funktion der Schule bei der Erziehung – in Zusammenarbeit mit den Eltern. Eine Ergänzung setzt erzieherische Grundlagen voraus. Wie diese konkret von den Eltern eingefordert werden oder ob es wenigstens versucht wird, blieb unbeantwortet. Als zweithäufigster Stressor der Lehrerschaft kann dieses Thema nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Kein Wunder, bleibt die Bildungsqualität auf der Strecke, wenn die Schule immer mehr Erziehungsaufgaben übernimmt und sich so nicht mehr auf ihren eigentlichen Auftrag konzentrieren kann.

Den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen

Dass die Schulpflege die Schuld für den am häufigsten genannten Stressor «Administrative Aufgaben» primär dem Faktor Corona zuschob, ist etwas gar plump. Einen direkten Zusammenhang mit den zahlreichen schulbegleitenden Massnahmen (genau sind es 27) zu sehen, die im Bericht aufgeführt wurden, wäre durchaus logischer und plausibler.

Frühförderung, das neue Allheilmittel

Abgerundet wurde der Bericht mit noch mehr Projekten, mit denen zukünftig Kinder besser auf die Schule vorbereitet werden sollen. Mit dem Fokus auf Frühförderung verfolgt die Schulpflege einen grundlegend falschen Ansatz. Sie wird so selbst mitschuldig an den Problemen, die sie später zu bewältigen versucht. Statt frühkindliche Angebote zu schaffen, sollte die Schule alles daransetzen, die Eltern darin zu unterstützen, dass sie mehr Zeit mit ihren Kleinkindern verbringen können. Warum nicht auch mal Druck auf Politik und Behörden ausüben, damit entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden? Damit schliesst sich auch der Kreis zum Gesellschaftswandel.

Augen, die nicht sehen, und Ohren, die nicht hören (wollen)

Wofür soll ein Bericht gut sein, der auf die Ursachen von Problemen hinweist, die man nicht sehen und nicht hören will? Das Parlament hat den Bericht abgeschrieben und das Geschäft ist erledigt. Erneut bleiben die Lehrpersonen und Eltern mit ihren Kindern auf der Strecke.

Abzuwarten bleibt, ob das Verhalten der Parteien die Erwartungen der Wetziker Bevölkerung und insbesondere der Eltern an den Exekutivwahlen am 27. März widerspiegelt.

Die Grafik zeigt die zehn am häufigsten genannten Belastungsgründe für Lehrpersonen. Anstatt sich seriös damit auseinanderzusetzen, werden diese teils selbst verursachten Probleme mit zusätzlichem Personal und etlichen Projekten zugepflastert. Und der Steuerzahler darf die «Pflästerlipolitik» grosszügig berappen.

ANALYSE

Wahlergebnisse in der Agglo-Stadt Schlieren überraschen

Am 13. Februar 2022 fanden in der Stadt Schlieren die Stadt- und Gemeinderatswahlen statt. Für die Gemeinderatswahlen durfte die SVP Schlieren mit der Liste 2 in das Rennen starten. Unter dem Motto «Selbstbewusst und mit Respekt» formulierte die SVP die Wahlthemen.

Beat Kilchenmann
Kandidat für das
Stadtpräsidium

Konsolidierung nach dem enormen Bevölkerungswachstum, keine Steuererhöhung, besseres städtisches Verkehrsregime in den Quartieren, Littering und die damit verbundene Geborgenheit und Sicherheit waren die Gesprächsthemen mit der Bevölkerung. Auch wenn in der Wahlkampfphase immer noch die Pandemie-Regeln eingehalten werden mussten, spürte die SVP Schlieren schon in den direkten Gesprächen auf der Strasse oder an irgendwelchen Orten einen guten Rückhalt. Das SVP-Sünneli (Maskottchen der Partei) half als Blickfang enorm und löste einige Freudenlacher auf der Strasse aus. Wir hofften auf ein gutes Wahlergebnis und wurden doch überrascht.

Wir konnten zwar noch nicht den Listenplatz 1 zurückerobern, aber wir konnten doch einen minimen Parteistimmenzuwachs von 0,5% verbuchen. Da die SP gleichzeitig fast 3% ihrer Parteistimmen verliert, starten beide Parteien mit 8 Sitzen im Gemeindeparlament.

In Gemeinderatssitze umgerechnet bedeutet dies neu: SP 8 Sitze (–1), SVP 8 Sitze (0), FDP 5 Sitze (–1), Die Mitte 4 Sitze (0), GLP 5 Sitze (+1), Grüne 4 (+2) und die EVP 2 (+1) «Anmerkung: In verschiedenen Zeitungen wurde publiziert, dass die SVP –1 und die Mitte +1 Sitz verbuchen konnten. Dies wäre gegenüber dem Endstand der Legislatur, denn während dieser Legislatur ist eine Gemeinderätin von der damals CVP zur SVP übergetreten. Gegenüber der Wahl vor 4 Jahren haben SVP und CVP/Die Mitte die Sitze halten können.»

Limmattal
Stadt und Kanton Zürich
23
Samstag, 19. Februar 2022

Nach Wahl: Zwist in SP flackert wieder auf

Nach dem Leserbrief-Angriff gegen den Schlieremer Stadtpräsidenten Markus Bärtschiger gerät auch der SP-Vorstand unter Beschuss.

Lukas Elser

Was ist bei der SP Schlieren los? Zuerst gelingt ihrem amtierenden Stadtpräsidenten Markus Bärtschiger die Wiederwahl für seine zweite Amtszeit nicht auf Anhieb. Weder er noch SVP-Konkurrent Beat Kilchenmann erreichte bei den Gesamterneuerungswahlen vom Sonntag das absolute Mehr.

serbrief zum Thema machte. In der Schlieremer SP hat man indes wenig Lust, die Sache öffentlich und mit Namen zu kommentieren. Mehrere Angefragte wollen sich ihre Karriere nicht verbauen oder fürchten, dass Kritik ihrer Partei schaden könnte. Nur hinter vorgehaltener Hand äussern manche ihre Kritik. Sie erzählen von Machtspielen, einem unfairen und unko-

Markus Bärtschiger (SP, links) und Beat Kilchenmann (SVP, rechts) müssen für einen zweiten Wahlkampf antraben. Bilder: Severin Bigler

nach zwölf Jahren SP im Stadtpräsidium nun wieder ein bürgerlicher Kandidat ins Präsidium kommen würde.» So fühlten sich auch die bürgerlichen Stimmberechtigten wieder von ihrem Stadtpräsidenten repräsentiert.

SP-Vorstand nimmt Markus Bärtschiger in Schutz

Der SP-Vorstand stellt sich hin-

tont, dass es «in letzter Zeit bei personellen Entscheiden keine knappen, sondern nur einstimmige und grossmehrheitlich gefällte demokratische Entscheide in der SP Schlieren gegeben» habe.

Vorwürfe an Personen werden nicht kommentiert

Zu personenbezogenen Vorwürfen will man keine Stellung neh-

Klare Worte in der Regionalzeitung.

Überraschung bei Stadtpräsidentenwahlen

Bei den Stadtratswahlen konnte der bisherige Sitz mit Beat Kilchenmann verteidigt werden. Unser 2. Kandidat Ueli Etter war leider chancenlos. Dafür gab es aber bei den Stadtpräsidentenwahlen eine kleine Überraschung.

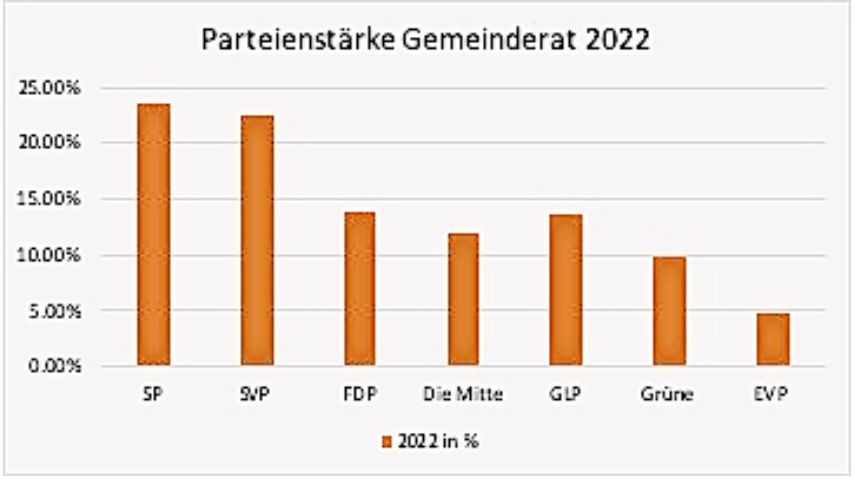
Der Amtsinhaber der SP, Markus Bärtschiger, wurde von unserem Herausforderer Beat Kilchenmann in den 2. Wahlgang gezwungen. Es gab über 400 Stimmen für diverse andere Personen. Dies sind fast 19% aller Stimmen für die Präsidiumswahl.

Ob alle Stimmen wegen mangelnder Auswahl so zusammengekommen sind, darf bezweifelt werden. Genährt wird diese Vermutung durch einen SP-Leserbrief, der eine Auswechslung des Stadtpräsidentenkandidaten Markus Bärtschiger einfordert. Untermauert wird diese These gleichfalls von der «Limmattaler Zeitung», wonach es innerhalb der SP Schlieren brodeln soll. Die SVP Schlieren nimmt diese Situation zur Kenntnis. Wir konzentrieren uns auf die eigenen Stärken, wir wollen uns nicht verzetteln.

Wir pflegen weiterhin intensiv die Partnerschaft zu unseren bürgerlichen Parteien. So sehen wir eine Chance, der Stadt Schlieren wieder einen bürgerlichen Stadtpräsidenten zu präsentieren.

Der 2. Wahlgang für die Wahl des Stadtpräsidentenamts wird am 15. Mai 2022 stattfinden. Gleichzeitig finden auch die Wahlen für die Schulpflege und der Bürgerrechtskommission statt. Wir freuen uns auf diesen Tag und setzen alles daran, die Wählerschaft von unseren Parteithemen und von unseren Kandidierenden zu überzeugen.

PS: Am 15. Mai 2022 ist ein offizieller Abstimmungstag mit wichtigen Entscheidungen – national und kantonal, z.B. über das kantonale Bürgerrechtsgesetz.



Liebe SVP des Kantons Zürich

Ohne Einschränkungen: Dass erste JSVP Ski-Weekend

Das Ski-Weekend findet wie folgt statt:
Datum: 04. März bis 06. März
Ort: Ferienlager Rosetta in Disentis

Preise:
Grundpauschale: 75.- CHF (Unterkunft & Frühstück)
Skifahrer ab 21 Jahren: 138.- CHF für Andermatt + Sedrun + Disentis **oder**
99.- CHF für Disentis

Preise:
Skifahrer Jugendliche: 99.- CHF für Andermatt + Sedrun + Disentis **oder**
84.- CHF für Disentis
Schlittler Erwachsene: 60.- CHF
Schlittler Jugendliche: 42.- CHF

Haben wir dein Interesse geweckt? Dann melde dich bis zum 27. Februar für das Skiweekend über folgenden Link an! Über die Hälfte der Plätze sind bereits ausgebucht, daher solltest du dich beeilen!

Wir freuen uns auf deine Teilnahme! Bei Fragen oder Anregungen kannst du dich bei unserem Vorstandsmitglied Severin Staubli per E-Mail staubli@jsvp-zh.ch melden.

Camille Lothe
Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich
+41 79 265 67 81
lothe@jsvp-zh.ch

Allerlei

MIGRATIONSPOLITIK AUF DEM PRÜFSTAND

2021: Massiver Anstieg der Asylgesuche

Gegenüber 2020 und «im Schatten der Corona-Pandemie» stieg die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz um satte 35,2 Prozent an.

rw. Mitte Februar veröffentlichte das Staatssekretariat für Migration die Asylstatistik 2021. Daraus geht hervor, dass letztes Jahr 14 928 Asylgesuche gestellt wurden. Das sind 3887 Gesuche mehr als 2020 und bedeutet eine satte Steigerung um 35,2 Prozent.

Über dem europäischen Mittel
Mit 1,5 Asylgesuchen pro 1000 Einwohner liegt die Schweiz weiterhin über dem europäischen Mittel. 20,6 Prozent aller Asylgesuche stammten aus Afghanistan. 15,6 Prozent aus dem NATO-Staat Türkei.

Als Meilenstein zur Verhinderung einer 10-Millionen-Schweiz gilt die vom Volk angenommene eigene Steuerung der Zuwanderung. In dieser Legislatur konnte unter der Führung der SVP der sehr schädliche UNO-Migrationspakt sistiert werden. Er hätte eine weltweite Personenfreizügigkeit mit sich gebracht. Die Gefahr ist allerdings nur vorläufig gebannt. Das Parlament wartet lediglich einen Bericht über den Status der Rechte von Migranten ab.

Fragwürdiger Flüchtlingsbegriff
Es ist von grosser Bedeutung, dass der aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammende Flüchtlingsbegriff neu definiert werden muss, um dem Missbrauch des Asylrechts entgegenzutreten. Es darf nicht sein, dass angeblich an Leib und Leben bedrohte Personen durch mehrere sichere Drittstaaten reisen, um in der Schweiz ans gut ausgebaute Sozialwesen zu gelangen. Gleichzeitig muss aber auch die Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs gestoppt werden: Beispielsweise das Bezeichnen des Klimawandels als Flüchtlingsgrund. Es bleibt viel zu tun …

Mit 1,5 Asylgesuchen pro 1000 Einwohner liegt die Schweiz weiterhin über dem europäischen Mittel. Bild Pixabay

LESERBRIEF

Krokodilstränen für Eigentor

Jetzt ist bekannt, warum Nationalrätin Jacqueline Badran (SP/ZH) am Abstimmungsabend bei ihrem TV-Auftritt zur Feier ihres vermeintlichen Triumphs Tränen in den Augen hatte. Sie hat offensichtlich zu spät realisiert, dass es nicht die börsenkotierten Unternehmen sind, die die Emissionsabgabe bezahlen müssen, wenn sie neue Aktien ausgeben.

Zu glauben, die Konzerne bezahlten die Emissionsabgabe, ist ebenso weltfremd wie anzunehmen, dass die Erdölkonzerne die Treibstoffabgaben und die Mehrwertsteuer auf Benzin bezahlen würden. Es sind die Konsumenten, die diese im Benzinpreis enthaltenen Steuern berappen müssen. Die Unternehmen liefern diese Abgaben lediglich an den Staat ab. So verhält es sich auch bei der Emissionsabgabe. Es sind die Anleger, in der Schweiz vorab unsere Pensionskassen, Lebensversicherungen und Anlagefonds, die die Emissionsabgabe bezahlen.

Ich durfte im Laufe meiner beruflichen Tätigkeit mehrere Unternehmen bei der Aufnahme von Eigenkapital begleiten. Aus Sicht der Unternehmen wird ein Emissionspreis für neue Aktien festgelegt, indem zuerst ermittelt wird, wieviel Geld für den Kauf neuer Maschinen, Fabrikhallen, Büros, Markterschliessungen, Sanierungen etc. benötigt wird. Auf diesen Betrag werden dann die Kosten der Aktienausgabe inklusive Emissionsabgabe geschlagen. Im Emissionspreis sind somit wie beim Benzin an der Tankstelle die staatlichen Abgaben enthalten. Wenn nun Nationalrätin Badran ihren Abstimmungserfolg medienwirksam mit Tränen feiert, dann wird sie wohl an ihre Genossen und deren Pensionskassen gedacht haben, die nun weiterhin Emissionsabgaben bezahlen müssen.

Diese Abgaben reduzieren deren Alterskapital, aus dem ihre Renten bezahlt werden müssen. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die geschädigten Destinatäre der Pensionskassen bei den nächsten Wahlen daran erinnern werden.

Hans Kaufmann,
Alt Nationalrat SVP, Wettswil

LESERBFRIEF

Nein zur Mitgliedschaft der Schweiz am UNO-Sicherheitsrat

Sehr geehrter
Herr Bundespräsident

Das Schweizer Volk stellt mit zunehmender Befürchtung fest, dass offenbar der UNO Hoffnungen für einen Schweizer Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat gemacht werden.

Wir, das Volk, fordern Sie auf, der Bundesverfassung Folge zu leisten und umgehend damit aufzuhören, solche oder ähnliche Optionen in Erwägung zu ziehen, geschweige denn im Namen der Schweiz solche Beitrittshoffnungen zu schüren.

Weiter fordern wir den gesamten Bundesrat mit diesem Schreiben auf, sich an die Verfassung der Schweiz zu halten, diese zu verinnerlichen und die darin verankerten Werte sowohl nach innen als auch nach aussen mit allerhöchster Priorität durchzusetzen und damit am Ende ihrem Auftrag als Bundesrat Folge zu leisten. Namentlich zu nennen ist beispielsweise die immerwährende bewaffnete Neutralität. Die Schweiz hat sich auch künftig mit Meinungen über andere Staaten oder deren innenpolitische Machenschaften zurückzuhalten, auf keinen Fall hat sie aber die Meinungen der europäischen Union zu unterstützen. Für die Kenntnisnahme und entsprechende Einhaltung der Forderungen bedanke ich mich als Teil des Schweizer Volkes.

Lorenz Zinsli,
Chur

www.svp-zuerich.ch

SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 2. März 2022, 11.30–14.00 Uhr, Politlunch, Restaurant Post, Unterdorfstrasse 3, Adlikon, mit Stefan Stutz, Notar: Vorsorge bei Tod und Handlungsunfähigkeit.

Bezirk Bülach/Bülach
Mittwoch, 9. März 2022, 19.00 Uhr, Podium, Goldener Kopf, Bülach, mit den Stadtratskandidaten.

Sonntag, 27. März 2022, 17.00 Uhr, Wahlfeier, Restaurant Rathaus-Stube, Bülach.

Bezirk Horgen/Adliswil
Samstag, 5. März 2022, 10.00–15.00 Uhr, Standaktion, Bruggeplatz, Adliswil.

Samstag, 12. März 2022, 10.00–15.00 Uhr, Standaktion, Bruggeplatz, Adliswil.

Samstag, 19. März 2022, 10.00–15.00 Uhr, Standaktion, Bruggeplatz, Adliswil.

Samstag, 26. März 2022, 10.00–15.00 Uhr, Standaktion, Bruggeplatz, Adliswil.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Donnerstag, 3. März 2022, 19.30 Uhr, Anlass zu den Kommunalwahlen, Foyer Heslihalle, Untere Heslibachstrasse 33, Küsnacht.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Samstag, 5. März 2022, 08.30–10.30 Uhr, Standaktion, beim Café Voland, Bauma, mit den Nationalräten Alfred Heer und Barbara Steinemann.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Samstag, 5. März 2022, 09.00–12.00 Uhr, Kandidatenvorstellung, Gemeindehausplatz, Russikon. Gratis Bratwurst und Getränke.

Dienstag, 8. März 2022, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Krone, Russikon, mit Werner Gartenmann, Parteisekretär SVP des Kantons Zürich.

Bezirk Winterthur/Wiesendangen
Samstag, 12. März 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, vor dem Volg, Wiesendangen.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 4. März 2022, bis Sonntag, 6. März 2022, Skiweekend, weitere Informationen unter www.jsvp-zh.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — Der Zürcher Bote — ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Thomas Ammann, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Elisabeth Liebi, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

Der Schaden ist angerichtet: Irreführender Beitrag der SRF DRS Tagesschau

Man könnte Beschwerde einreichen und eine Richtigstellung bei der Ombudsstelle des Schweizer Fernsehens verlangen. Ein Entscheid, ob positiv oder negativ, wird dann Monate später erscheinen und keinen Menschen mehr interessieren. Es ist bekannt, die Sendungen unseres Staatssenders sind oft von politisch linker Ideologie geprägt.

Wenn es allerdings zu offensichtlich fehlerhaften Beiträgen in der Tagesschau führt, hört das Verständnis endgültig auf.

Am Sonntagabend, 6. Februar, 19.30 Uhr berichtet die Tagesschau auf SRF 1 über einen skandalösen Fall in einer Pensionskasse. Interessant dabei, der am gleichen Tag erscheinende Sonntags-Blick berichtet auf einer Doppelseite unter dem Titel «Parlament tut nichts gegen die PK-Abzocke» in gleicher Sache. Dabei werden 8 bürgerliche Parlamentarier, drei davon von der SVP, als Profiteure bezeichnet. Ob es sich um Zufall oder eher um eine Zusammenarbeit von Sonntags-Blick und Tagesschau handelt?

Jedenfalls wird in beiden Medien-Gefässen das Thema einer obligatorischen Sozialversicherung liederlich und vor allem irreführend dargestellt und behandelt. Das ist besonders verwerflich, weil es alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber betrifft und damit verunsichert. Der Schreibende kann nicht beurteilen, ob es im aktuellen Fall, so wie behauptet, zu ungerechtfertigten Geldabflüssen gekommen ist. Dann wäre die Frage der Strafbarkeit zu klären. Was aber in den Beiträgen von Blick und Tagesschau fehlt, ist der klare Hinweis auf die Zuständigkeit und die Verantwortung. Oberstes Organ jeder Pensionskasse, ob Sammelstiftung oder betriebsbezogene Kasse, ist der paritätisch zusammengesetzte Stiftungsrat.

Die paritätische Verwaltung und die Aufgaben des obersten Organs sind gesetzlich klar geregelt. (BVG Art. 51 und folgende) Selbstverständlich wird mit keinem Wort darauf hingewiesen, dass es oftmals die Gewerkschaften sind, die ihre Vertreter als Arbeitnehmer in die paritätischen Leitungsorgane entsenden. Sie sind für die Anlagepolitik der Kassen zuständig, wählen dafür die notwendigen Experten und vertreten die Interessen der Versicherten. Dafür gibt es keinen Spielraum. Die gesetzlich vorgeschriebene staatliche Aufsicht hat bei Verfehlungen einzugreifen.

Es ist besonders ärgerlich, wenn im Vorfeld einer dringenden Gesetzesrevision, wie sie in der beruflichen Vorsorge ansteht, irreführende Medienbeiträge erfolgen.

Es ist zu vermuten, dass damit die Verunsicherung bei Versicherten bewusst verbreitet wird, um eine bürgerlich geprägte Revision unmöglich zu machen.

Toni Bortoluzzi, Alt Nationalrat SVP, Affoltern am Albis

SRF und Blick schiessen sich offenbar koordiniert auf die berufliche Vorsorge ein. Soll so eine bürgerliche geprägte Revision im Keim erstickt werden?
Screenshot Tagesschau SRF

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Treffen Sie die SVP Gemeinderatskandidaten Manuela Burkhalter (bisher) und Beat Fankhauser (neu) sowie unsere Schulpräsidentin Karin Inauen (bisher), die Mitglieder von RPK und Sozialbehörde

und geniessen Sie beim Gespräch eine kulinarische Köstlichkeit.
Datum: 5. März 2022, 08.30 – 10.30
Ort: Beim Café Voland in Bauma

Unsere Gäste sind die Nationalrätin **Barbara Steinemann** und der Nationalrat **Alfred Heer**.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch.